

Nebrac Anzeiger

Der Streit in der Metallindustrie.

Bei dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie, dessen Aufschüßelung bekanntlich am 9. Oktober erfolgen soll, liegen die Dinge wesentlich anders, als das sonst bei den jährlichen Kämpfen der verdingtenen Jahre der Fall ist. Der Forderung der Industrieführer, die den Lohn um nicht weniger als 15 Prozent vermindern wollen, steht der Vorstoß der Gewerkschaften gegenüber, die ihren Mitgliedern zumuten, auf ein Sechstel ihrer bisherigen Beschäftigung zu verzichten und sich mit einer Lohnaufbesserung von 7 bis 8 Prozent entschädigen zu lassen. Die Gewerkschaften handeln so im Interesse ihrer arbeitslosen Kollegen. Sie verlangen diesmal nicht nur Zugeständnisse von Seiten der Unternehmer, sondern sie fordern auch von ihren eigenen Leuten, daß sie, indem sie sich mit der vierzig-Stunden-Woche begnügen, zunächst auf 16 bis 17 Prozent ihres Einkommens verzichten und von diesem Ausfall nur einen Teil in Gestalt einer Lohnerhöhung zurückhalten. Sie sehen also dem persönlichen Egoismus den Gedanken der kameradschaftlichen Solidarität mit den Erwerbslosen zur Seite. Ihnen soll durch den Verzicht ihrer Kollegen Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Wie man sonst auch immer die Forderungen der Gewerkschaften in diesem oder jenem Arbeitskonflikt beurteilen mag, so läßt sich doch nicht verkennen, daß sie in vorliegendem Falle ihren Leuten ein Vorbild geben zugunsten und sich damit ein Verdienst an sozialer Erziehung erworben haben, das ihnen gerade viel angenehmer werden muß.

Eine andere Frage ist es freilich, ob der Vorstoß der Gewerkschaften praktisch verwirklicht werden kann. Der Vorstoß, die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit zu beheben, ist einleuchtend genug, um immer wieder Anhänger zu finden, aber man wird ihm gegenüber das Gefühl nicht los, daß es zu einfach ist, um richtig zu sein. Die entscheidende Frage bei einer Arbeitszeitverkürzung ist doch wirtschaftlich die, wie sich in diesem Falle die Selbstkosten gestalten und welchen Einfluß eine derartige Regelung auf die Arbeitsmöglichkeiten der Erzeugnisse hat. Hier hört man sofort auf die Fabrikquelle. Eine Zentralfabrik mit 1000 Arbeitern kann nicht von heute bis morgen 200 weitere Arbeiter einstellen, ohne neues Kapital für die zusätzlichen Arbeitsräume und Maschinen zu investieren. Der Vorstoß, diese Schwierigkeit durch Einführung von zwei Schichtendebütschen am Tage zu überwinden, steht lediglich auf dem Papier, denn er setzt voraus, daß die geleistete Produktion auch Absatz findet. Gerade daran fehlt es uns aber. Die wirtschaftliche Möglichkeit ist nicht vorhanden, und nur sie ist entscheidend. Selbst wenn wir annehmen, daß in dem einen oder anderen Wirtschaftszweig die Möglichkeit besteht, auch ohne zusätzlichen Kapitalaufwand die Arbeitszeit zu verkürzen und dafür Arbeitslose einzustellen, so wären die Selbstkosten für die Produktionsseinheit nicht herabgesetzt.

Wir stehen infolgedessen vor der Frage, ob es nicht möglich ist, die Bereitschaft der Arbeiter, eine Verdienstminderung durch Verkürzung der Arbeitszeit auf sich zu

nehmen, produktiv zu vermerken. Wenn sich schon die Arbeiterschaft davon überzeugt hat, daß sie selbst durch eine neue Regelung der Arbeitsbedingungen dazu beitragen muß, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, und wenn dabei die Gewerkschaften, wie das die Berliner Metallarbeiter tatächlich getan haben, für eine Kürzung der Verdienste ihrer Mitglieder eintreten, dann sollten sie diese ihre Bereitschaft auch nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zum Einfluß bringen.

Der einzige wirksame Schlüssel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit liegt in der Bekämpfung des Absatzes. Er kann sich vorübergehend künstlich heben, wenn auch wirtschaftliche Ereignisse, wie zum Beispiel der englische Bergarbeiterstreik, den Raum dafür frei machen. Von derartigen Ausnahmemaßnahmen abgesehen, ist eben die Verkürzung der Produktion der organisch wirtschaftliche Weg zur Absatzbehebung. Die Verkürzung der Produktion ist aber auf jeden Fall mehr Arbeit in irgendeiner Form, sei es zeitlich oder erhöhtes Entgelt, sei es bei gleichbleibender Arbeitszeit unter Herabsetzung der Arbeitsverdienste. Sie ist das Mittel zur Überwindung des konjunkturellen Niederganges. Die Arbeitszeitverkürzung, die Minderarbeit des einzelnen, dagegen bildet den sozialen Fortschritt, mit dem die Arbeiterschaft an dem wirtschaftlichen Wohlfahrt in Zeiten der Konjunkturlage teilnimmt. Man kann nur hoffen, daß die Gewerkschaften sich bei den englischen Verhandlungen von diesen Gesichtspunkten nicht lassen werden und eine organische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit statt einer Verkürzung derselben nachstreben.

Zum Ende des „R 101“

Nach keine Aufklärung der grauenhaften Katastrophe.

London, 8. Oktober.

Das Ministerium für Luftfahrt befähigt amlich, daß sich 54 Personen an Bord des „R 101“ befanden. Der Luftfahrtminister hat, einen gewissen Ausschuss zur Untersuchung der Katastrophe einzusetzen. Das Ministerium hat bis jetzt seinen politischen Anstoß zur Aufklärung des entsetzlichen Unglücks. Nach einer amtlichen Erklärung des Vertreters des Luftfahrtministeriums ist anzunehmen, daß vor dem Anprall des Luftschiffes auf dem Boden keine Explosion erfolgt ist.

An der Unfallstelle ist eine Untersuchungskommission eingesetzt, an der Arbeit. Obwohl die Schiffsingenieure der Kommission, deren Mitglieder kürzlich zurückgehalten sind, noch nicht betangetegeben wurden, will der „Times“ bereits über gewisse Tatsachen berichten können, die die Aufmerksamkeit der Kommission besonders in Anspruch genommen haben. Die Trümmer, die in Dover, 10 Kilometer nördlich von Boulogne, aufgefunden wurden, seien bereits von der Kommission untersucht worden. Nicht gelöst sei die Frage, ob es sich hierbei um Gegenstände handele, die während der Fahrt des Luftschiffes abgestürzt seien.

Ueberführung nach England.

Zwei Torpedobootszerstörer sind nach Boulogne ausgelaufen, um die Leberreste der Opfer nach Dover zurückzubringen. Von dort aus werden sie im Laufe des Tages durch Sonderzug nach London übergeführt werden.

Gemeinsame Beerdigung.

Das Luftfahrtministerium hat an die Familien der Opfer der Katastrophe ein Schreiben gerichtet, in dem unter Hinweis darauf, daß es nahezu unmöglich, die Opfer zu identifizieren, vorgeschlagen wird, alle sterblichen Leberreste in Cardington oder seiner Nachbarstadt gemeinsam auf Staatskosten beizusetzen.

Nationaler Trauertag.

Ministerpräsident Lardieu hat eine Verfügung erlassen, in der der Dienstag anlässlich des Unglücksfalles von Beauvais als nationaler Trauertag in Frankreich erklärt wird. Militär- und Zivilbehörden sind angewiesen worden, halbamtlich zu flaggen.

Dr. Cäener über das Unglück.

Dr. Cäener äußerte sich in einer längeren Erklärung über die Katastrophe des „R 101“, wobei er zunächst betonte, daß er eine ganz bestimmte Ansicht über die Ursache natürlich nicht aussprechen könne, da ihm der Bergang im einzelnen nicht bekannt sei. Ich vermag, führte Dr. Cäener aus, mich nur mit gewissen Vorbehalten zu äußern auf Grund der etwas widerprüchlichen, nicht ganz gefälligen Meldungen, die bis jetzt vorliegen. Es dürfte als sicher anzunehmen sein, daß das Luftschiff sehr niedrig flog, im allgemeinen in einer Höhe von 100 bis 200 Metern über dem Boden. Die Schiffsleistung lag sich dazu ohne Zweifel durch eine sehr niedrige Wellenbede veranlaßt. Naturgemäß bringt niedriges Fliegen in sehr böigen Wetter immer gewisse Gefahren mit sich. Zum dort man es als sehr wahrscheinlich bezeichnen, daß das Luftschiff zur Zeit des Unglücks schwer, vielleicht recht schwer war; denn das Luftschiff dürfte prall oder nahezu prall aufgestiegen sein, um genügend Betriebsmittel für die lange Fahrt mitzunehmen. Beim Aufsteigen zu der geeigneten Fahrhöhe hat es deshalb Gas abgelassen und ist dabei schwerer geworden, hierzu kam dann noch bei den gegebenen Wetterverhältnissen ohne Zweifel eine sehr starke Regenbelastung. Nun ist es klar, daß ein solches Luftschiff, wenn es in dem sehr böigen Wetter durch eine Stallung herumgerührt wird, nur mit großen Schwierigkeiten wieder hochgeführt werden kann. Doch bei dem Anprall auf dem Boden und der dabei naturgemäß auftretenden starken Zerkürung des metallischen Luftschiffkörpers eine Entzündung des Gases und der Betriebsmittel erfolgte, war von vornherein nachvollziehbar; denn es entzündete wie man aus vielen Flugzeugunfällen weiß, bei einer Zerkürung des Metallgitters fast immer Funken, an denen sich das Gas oder ausströmendes Benzin sofort entzündete. Aber die Wirkung des Anpralls ist sekundär und nicht letzte Ursache.

Die Katastrophe wäre aber in ihrem Umfang nicht so furchtbar geworden, wenn das Luftschiff an Stelle von Wasserstoffes mit Helium gefüllt gewesen wäre. Bekanntlich hat deshalb der Luftschiffbau Zepplin immer die Ansicht vertreten, daß man es erreichen müsse, zur Füllung von Ballonluftschiffen Helium anstatt Wasserstoff verwenden zu können. Es ist außerordentlich denkwürdig, wenn die amtliche Regierung in diesem schicksalsschweren Unglück befangen ist, daß sie für die Handelsluftschiffahrt Helium zur Verfügung stellen will, das in America in ausreichendem Maße vorhanden ist. Der Luftschiffbau Zepplin wird sich in der weiteren Verfolgung seiner Pläne durch die besagtenverlei Katastrophe des englischen Luftschiffes nicht beirren lassen. In der Erzeugung, doch auch die Selbstkosten nichts aufklärt, weil einmal ein Dampfer an der Küste an einem Riff scheiterte.



URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU-S.A.

(15. Fortsetzung.)
 Das war das bestandene Examen, die Zensur ihrer Arbeit. Unlagbare Freude erfüllte sie. Sie hätte den Allen um armen können. Nun war sie die, die sie sein wollte.
 Und unter einem inneren Zwange, dem nichts entgegen gesetzt werden konnte, antwortete Traute:
 „Das ist nicht weiter verwunderlich. Auch wenn ich an Frankreich dachte, werde ich immer an Sie denken müssen, so vollkommen verkörpern Sie Ihre Nation.“
 Sie hätte erwidern müssen, wenn sie das nicht gelöst hätte.
 Und Clunet sagte:
 „Er überlegte einen Moment, dann bemerkte er: „Diese Worte lassen einen Rückschluß zu. Wissen Sie das?“ Traute nickte und ließ ihn unter geknickten Wimpern herüber geheimnisvoll an.
 Clunet wurde erregt.
 „Auch das erfüllte Traute mit Triumph, weil ihr ihre Macht als Vorbild bewahrt wurde, zum ersten Male ihr Werk bewahrt.“
 Ein leiser Bornurp schwang in Clunets Stimme, als er sagte:
 „Aber Sie, beste Freundin, warum haben Sie mich das bisher nicht wissen lassen?“
 „Ich wollte es bis heute aufsparen“, erklärte sie und Clunet drängte:
 „Nun aber erzählen Sie bitte! — Bitte!“
 Und Traute — oder war sie das nicht, die das sagte — antwortete:
 „Jemandem in Indien bin ich geboren. Ich kam nach Paris, um zu arbeiten. Und noch zu einem anderen Zweck“, sagte sie hinzu. „Die Arbeit ist vollendet. Es ist eine Studie über das Weisheit. Die Verwirklichung meiner anderen Ansicht bleibt der Zukunft überlassen.“

„Darf ich Sie nicht wissen? Darf ich nicht auch Ihren Namen wissen“, fragte Clunet. „Ich möchte doch bitten darum. Vielleicht kann ich Ihnen dienen.“
 Nachdenklich antwortete Traute:
 „Meinen Namen möchte ich nicht nennen. Borester nicht. Sie werden das verstehen, wenn Sie das Weiter hören. Es ist nämlich meine Waise, hier in Paris die heiligen Lände der Demodafis aufzuführen, Mygien und Legenden zu tanzen. Das darf nicht vor der Zeit publik werden.“
 „Beruhe vollkommen“, sagte Clunet hastig. „Wird ein Ereignis werden. Ein ganz großes Ereignis! Das ist außer allem Zweifel. Zempstängel! Die ich noch, niemand wann werden Sie beginnen, Verehrteste? Sie sehen mich ungeduldig.“
 „Wenn nichts mehr fehlt“, sagte Traute lächelnd.
 „Was fehlt? Wenn es durch Verbindungen zu beschaffen ist, Reize ich zur Verfügung, auch wenn — versehen Sie mich — die Gefahr eine Rolle spielen sollte, kann ich beistehen. Neben Sie offen. Befehlen Sie! Man sagt von mir, daß man sich auf mich verlassen könnte. Ich bitte um Ihr Vertrauen.“
 Traute sah ihn voll und groß an.
 „Gott, was Sie hier tun können haben“, sagte sie liebenswürdig, wie ein Achtzigjähriger.
 „Ich bin ein Wunder, wenn Sie einen jung machen, liebste Freundin. Nur ein Launenstiel von dem Plutonium, von dem magischen Reis, von diesem mythischen etwas, das in Ihnen ist.“
 „Hören Sie auf, Monsieur. Ich bitte Sie, hören Sie auf!“
 „Nein, Sie müssen es hören! Man muß seine Macht kennen, wenn man sie gebrauchen will. Und Sie werden sie gebrauchen müssen. — Lassen Sie nur ein Dutzend dieses Plutonium über die Menge gehen, Paris wird Sie umjubeln.“
 „Dann wäre mein Wunsch erfüllt.“
 „Und ich darf helfen?“
 „Wenn Hilfe so selbstlos gegeben wird, kann ich sie annehmen.“
 „Sie können! Sie müssen mich glücklich machen, wenn Sie tun.“
 Traute mußte ihm glauben, so aufrichtig war seine Versicherung. Sie schloß ihr leicht und frohenherzig noch nie in ihrem Leben. Der Geist hinauf würde glauben, das war ihre innerste Überzeugung.

„Also dann hören Sie meine Befehle“, sagte sie. „Ich bin um eine geeignete Musik verlegen. Wenn Sie einen Komponisten wählten, der etwas Ähnliches schreiben könnte.“
 „Weiß ich! Diesen Mann bezeuge ich. — Er wurde ganz schön.“
 „Bitte mir Ihre Wünsche mitzuteilen.“
 „Es handelt sich um zwei Stücke, und zwar um den Tempeltanz selbst und um eine Legende. Ich habe ausführliche Bemerkungen dazu schriftlich gemacht. Darf ich Sie Ihnen zuschicken?“
 „Ich bitte darum“, sagte Clunet und gab ihr seine Adresse.
 „Der Musiker wird sich leicht zurückfinden können. Und dann vermag ihn ja wohl auch niemand besser zu beraten als Sie.“
 „Da ich die Ehre habe, die Tänzerin zu temen, werde ich ihm schon möglichst sein können“, gab Clunet zu.
 „Ich muß für drei bis vier Monate nach Holland fahren. Werden die Kompositionen fertig sein, wenn ich wiederkomme?“
 „Es ist anzunehmen. Muß denn aber diese Reise sein?“
 „Leider!“
 „Drei bis vier Monate sind eine lange Zeit. Mit dieser Ungebuld im Herzen für mich eine doppelte Länge.“
 „Sie wird Ihnen im Gedanken an mich ertragen werden.“
 „Traute neigte eine Knöpfe aus dem Hosenbund und steckte sie ihm in Knopflöcher.“
 „Zum Zeichen des Verbundenstems“, sagte sie und setzte schnell hinzu: „Danke und Wiedersehen, mein gültiger Freund.“
 Als Clunet richtig zur Besinnung kam, war sie nicht mehr zu sehen.
 7.
 Mac Rend hatte die Nimmeger Verwandten in fetterer Weise voreingemessen gegen Traute zu machen verstanden. Man hatte sie wie eine Gefasene empfangen und behandelt sie auch so. Sie war in des Wortes wahrster Bedeutung eingesperrt. Ihre Freiheit war nur eine scheinbare. Man setzte ihr zu mit frommen Worten und ebenbürtigen Büchern. Zur Harfe den Pfalter, Klageklänge und Zere miden! Lanten, Baten und Nichten bewachten sie. Nichts konnte sie unbedacht tun.
 Traute, die es merkte, begeherte auf.
 Man sah nur noch genauer hin. Wie ein Bächlein sprudelten die frommen Sprüche.
 (Fortsetzung folgt.)

Neuroer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 120

Donnerstag, den 9. Oktober 1930

43. Jahrgang

Staatspartei auseinandergelassen. Jungdeutsche scheiden aus.

Berlin, 8. Oktober.
Das Ergebnis der Sitzung des Hauptauschusses der Deutschen Staatspartei war, daß die jungdeutschen Vertreter erklärten, sie träten angehts gewisser grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten namentlich aus der Staatspartei aus. In den vorangehenden letzten Beratungen hatten die Jungdeutschen u. a. gefordert, daß der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Schiff und der Staatssekretär a. D. Meyer aus dem Vorstande der Staatspartei austreten sollten. Sie hatten das damit begründet, daß das Verhalten dieser Persönlichkeiten im Vorlande nicht mit dem übereinstimme, was die Jungdeutschen unter dem Begriff Volksgemeinschaft zum Ausdruck bringen wollten. Diese und andere jungdeutsche Forderungen aber waren für die Demokraten unannehmbar.

Die Spaltung in der Deutschen Staatspartei, die nun Tatsache geworden ist, bedeutet jedoch nicht unbedingt, daß auch die Fraktionsgemeinschaft zwischen Jungdeutschen und Demokraten im Reichstage sofort aufgehoben wird. Würden die letzteren aus den Reihen des Jungdeutschen Ordens kommenden Abgeordneten der Staatspartei aus der Reichstagsfraktion gehen, dann blieben nur 14 Demokraten zurück, womit die Demokraten zum erstenmal seit der Nationalversammlung keine Fraktionsstärke im Reichstage hätten. Da die Aufrechterhaltung der Staatspartei von leichten demokratischen und früher vorkommenden Elemente beschlossen wurde, ist mit dem Fortbestand derselben zu rechnen, allerdings hat die immer härter auftretende Opposition gegen Reich-Meyer diesen Veranlassung, den Vorstoß der Deutschen Demokratischen Partei niederzuliegen.

Kanzlerbesprechungen abgeschlossen. Entscheidung Mitte nächster Woche.

Berlin, 8. Oktober.
Der Reichskanzler hatte u. a. den angehenden Besuch der beiden deutschen Nationalen Vertreter Dr. Oberländer und von Winterfeldt empfangen. Er legte ihnen ebenfalls mit den übrigen Fraktionsvertretern die Grundzüge des Sanierungsprogramms dar.

Wie in politischen Kreisen verlautet, haben die beiden Herren ihm geantwortet, daß die deutsche nationale Reichstagsfraktion, die ursprünglich auf kommenden Montagvormittag einberufen war, mit Rücksicht auf den Gottesdienst, der vor dem Zusammentritt eines neuen Reichstages stattfinden pflegt, bereits am Sonntagabend 4 Uhr ihre erste Sitzung abhalten wird. Sie werde zu dem Regierungsprogramm Stellung nehmen.

Mit diesem Empfang sind die Besprechungen des Kanzlers mit den Vertretern abgeschlossen über ihr Verhältnis zu den Fraktionen ihre Stellungnahme klären müssen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt am Freitag, die des Zentrums am Montag zusammen. Die in Aussicht genommene gemeinsame Besprechung des Kanzlers mit den Führern der drei Parteien ist für den nächsten Donnerstag die erste im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 8. Oktober.
In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts stand die Aussprache über die Genfer Wirtschaftsabstimmung zum Programm wieder. Treitmann sagt, daß das Kabinett zunächst auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen, um das Mißtrauensvotum der Rechtsopposition und Kommunisten zu Fall zu bringen. Danach beabsichtige die Regierung, die verfassungsändernden Teile des letzten angehängten Finanz- und Wirtschaftsplanes gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen und die Annahme von anderen Teilen des Planes durch eine Mehrheit des Reichstages sicherzustellen.

Reichsregierung und Reichstag.

Ein Entwurf für Pflanzarbeit.

London, 8. Oktober.
In einer persönlichen Unterredung gibt Minister Treitmann die Pläne der Reichsregierung über ihr Verhältnis zum Parlament wieder. Treitmann sagt, daß das Kabinett zunächst auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen, um das Mißtrauensvotum der Rechtsopposition und Kommunisten zu Fall zu bringen. Danach beabsichtige die Regierung, die verfassungsändernden Teile des letzten angehängten Finanz- und Wirtschaftsplanes gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen und die Annahme von anderen Teilen des Planes durch eine Mehrheit des Reichstages sicherzustellen.

Die Regierung werde bemüht sein, die Vertagung des Reichstages von Mitte November bis März zu erreichen.

In der Zwischenzeit werde Deutschland ohne Parlament regiert werden. Treitmann erklärte, wie die Meldung weiter sagt, zum ersten Male, daß das Reichskabinett einem neuen Plan zur teilweisen Lösung der Arbeitslosenfrage durch Einführung der Arbeitspflicht oder, wie es der Minister nannte, der Pflichtenpflicht zugestimmt habe. Der letzte Entwurf sehe die sofortige Anstellung von rund 50 000 Arbeitslosen vor, die auf Kurzarbeit bei nicht mehr als 24 Stunden je Woche in staatlichen Unternehmen, jedoch teilweise in der Privatwirtschaft, Anstellung finden sollten.

Es handelt sich bei diesen Arbeiten um die Trockenlegung der Sümpfe in Ostpreußen, den Bau von Dämmen und Deichen im mitteldeutschen Kanalbezirk bei Magdeburg

und um den Straßen- und Siedlungsbau. Der Plan sehe einen durchschnittlichen Monatslohn von 100 Mark für jeden auf diese Weise beschäftigten Arbeiter vor, was etwa der Summe entspreche, die er sonst als Hauptunterstützungsempfänger erhalten würde.

Hindenburgs zweite Rheinreise.

Besuch in Aachen und Trier.

Berlin, 8. Oktober.
Für die Reise des Reichspräsidenten nach Aachen und Trier ist folgende Zeiterteilung vorgegeben: Reichspräsident von Hindenburg wird am Freitag, den 10. Oktober, 10.14 Uhr in Aachen eintreffen. Nach seiner Rundfahrt durch die Stadt begibt sich der Reichspräsident in das Rathaus, wo im Kaiseraal ein Festakt stattfindet. An diesem Festakt schließt sich eine Rundgebung der Bevölkerung vor dem Rathaus. Für den Nachmittag ist eine Rundgebung der Arbeiter-Sportjugend im Stadion vorgesehen, welcher eine Rundfahrt durch den Aachener Wald folgen wird. Dann wird der Reichspräsident den Dom besuchen und abends als Gast der Stadt im Neuen Kurhaus an einem Abendessen teilnehmen.

In den frühen Morgenstunden des Sonnabends wird der Reichspräsident über Dieren und Gusterden nach Trier weiterreisen. Sowohl in Dieren wie in Gusterden ist ein kurzer Aufenthalt vorgesehen, während dessen der Reichspräsident eine Begrüßungsrundgebung der Bevölkerung entgegennehmen wird. Nach einer Rundfahrt durch Trier begibt sich der Reichspräsident zur Sportanlage, wo zu Ehren des Reichspräsidenten eine Begrüßungsrundgebung stattfindet. Mittags ist der Reichspräsident Gast der Stadt bei einem Frühstück in den Städtischen Kaffeehaus. Am Nachmittag des Sonnabends wird der Reichspräsident sich mit den Anwohnern über den Verfall nach Wengeroth begeben. In der auf die Fahrt nach Wengeroth folgenden Besichtigung der Stadt wird der Reichspräsident von Wengeroth aus tritt der Reichspräsident dann am Abend mit dem fahrgestützten Schnellzug die Rückfahrt nach Berlin an.

Stahlhelmtag in Koblenz.

Die Feier am Deutschen Eck.

Koblenz, 7. Oktober.
Im Rahmen einer großen rheinischen Stahlhelmtagung hatte bereits am Sonnabend ein Zapfenstreich am Deutschen Eck stattgefunden, dem ein Appell am Sonntagvormittag folgte. Der Zapfenstreich um 12.00 Uhr im Stahlhelmen dauerte bis zum Mittag. Nach einem kurzen Gottesdienst dankte der erste Bundesführer Selbte den Stahlhelmen, daß sie zum Teil unter erheblichen Opfern zum Frontsoldatentag gekommen seien. Er gab dann die anlässlich des 11. Reichsfrontsoldatentages vom Bundesvorstand gestifteten Entschuldigungen bekannt, in denen es u. a. heißt: „Der nationale Erfolg des 14. September war Euer Erfolg. Der Verantwortung gegen unser Volk bewußt, werden wir den Kampf um die deutsche Freiheit in selbstergebiger Festlichkeit. In der Schlacht gibt es nur Kampf und keinen Kampf, um endlich die Weichen der Schandverträge durchgeleitet zu sehen. Hinzu mit der unerschütterlichen marshallischen Ehre in Bresen! Fort mit ihnen, die Deutschen ins Unglück geführt, den deutschen Willen, die deutsche Freiheit mit der Waffe des Volksgeistes, werden wir den Kampf um die Wacht in Speichen fortsetzen.“

Die zweite Entschuldigung betraf das Unformverbot der hiesigen Regierung; der Bundesvorstand erklärt, daß der Stahlhelm in der Nachahmung dieses Verbotes eine schwere Beleidigung des Bundes der nationalen Frontsoldaten erblicke.

Bundesführer Selbte richtete zum Schluß an die Stahlhelmer die Aufforderung, in den kommenden Jahren ihren Mann zu stellen, und sich mit einem dreifachen Hurra auf das deutsche Vaterland. An die Ansprache schloß sich die Weihe von 50 neuen Fahnen. Darauf erfolgte der Abmarsch in die Stadt. An die Spitze des Zuges legte sich die Reichs-Feilschiffkaplan, dann folgten die 100 000 Stahlhelmer, die in Gliedern zu acht Mann an der Bundesbesetzung, bei der sich auch der ehemalige Kronprinz und General von Geetz befanden, vorbeimarschieren.

Reichsbanner gegen Faschismus.

Berlin, 7. Oktober.
Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete im Berliner Lustgarten eine große Kundgebung gegen den Faschismus, auf der Ministerpräsident a. D. Stöcker u. a. ausführte, die Reichstagsabstimmung von 1930 seien als Verzweiflungsmittel des deutschen Volkes zu kennzeichnen. Diese Tatsache bestärke die Nationalsozialisten in der Annahme, daß sie nahe vor ihrem Ziel stünden. In Braunschweig und Thüringen hätten sie festen Fuß gefaßt, und sie würden auch vor den Toren Sachsens, in Finnland, in Polen und in Österreich mache sich der Einfluß des Faschismus bemerkbar. Stöcker werde sein in Leipzig gemachtes Versprechen, einen Putsch zu machen, nicht halten, wenn es ihm in den Stramp passe, das deutsche Volk in einen Bürgerkrieg zu führen.

Es gelte, die Nationalsozialisten fernzuhalten von der Reichsregierung, denn diese Tatsache würde ein großes Unglück für den Staat bedeuten und das deutsche Wirtschaftslieben weiter herabsinken lassen. Eine Diffamierung bedeute die Vernichtung unserer Staatspolitik und die Vorherrschaft der Herrenmengen. Die Pflicht der Verhinderung und der Ver-

hinderung unter den Völkern müßte weitergeführt werden. Der Leiter des Bundes Berlin-Brandenburg sprach den Schour aus, gegen den Ansturm des Faschismus bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.

Das deutschfeindliche Prag.

Brutaler Mordanschlag der Tischehen.

Prag, 8. Oktober.
Die Teilnehmer an den deutschfeindlichen Demonstrationen abzurufen. Die dabei verhängten Strafen sind zum Teil recht beträchtlich und zeigen den Willen, die Ausschreitungen zu fähnen. Wichtigster aber fast die einzelnen Ergebnisse der Verhandlungen, aus denen deutlich wird, daß die Demonstrationen planmäßig angezettelt waren und von bestimmten Kreisen organisiert wurden. Verschiedene Angehörige haben um sich zu entfalten, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

Gleichzeitig mit dieser strafrechtlichen Behandlung der Zwischenfälle haben sie nun auch ein politisches Nachspiel gehabt, und zwar in einer Sitzung des Prager Stadtrates. In der die Einleitung der beschlossenen freien Meistbietenden gegenüber der deutschen Minderheit in schriftlicher Weise zum Ausdruck kam. Eine deutsche Beschwerde, die ein Mitglied der deutschen Nationalen Stadtratsfraktion gegen den Bürgermeister richtete, entfiel eine Debatte, in der die tschechischen Vertreter sich in den schärfsten Ausdrücken gegen die Deutschen wandten und sich bis zu der Drohung verließen, es würde dafür gesorgt werden, daß alles Deutsche aus Prag verschwindet.

Mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die sich passiv verhielten, haben sämtliche nichtdeutsche Mitglieder des Stadtrates die Ausschreitungen nicht nur verurteilt, sondern sogar gebilligt, und sie haben damit den seit letzten Jahren wegen ihrer deutschfeindlichen bekannnten Bürgermeister Dr. Baga das Schwere gegeben für die Schlüsselrolle, in der er die Ausschreitungen herbeiführte, und in der er behauptete, der ganze Zwischenfall sei nur die herbeiführte Zurückweisung tschechischer Herausforderungen durch die tschechische Bevölkerung gewesen, die für ihre Verbrechen, Prag tschechisch zu erhalten, seiner vollen Unterstützung sicher sein dürfte.

Französische Rüstungsdebatten.

Die Radikalsozialisten für Aufrüstung.

Paris, 8. Oktober.
In den nächsten Tagen wird die sozialistisch-radikale Partei Frankreichs in Greenoble ihren diesjährigen Parteitag haben. Auf ihm wird die Frage der Aufrüstung eine besondere Rolle spielen, und schon jetzt wird erwartet, daß die Partei nicht nur für eine Aufrüstung des gegenwärtigen Rüstungsstandes, sondern angehts der europäischen Verhältnisse für eine Verstärkung der Rüstungen eintreten werde.

Es wird allerdings um diese Frage sicher eine lebhaftige Debatte geben, und der Parteitag wird in irgendeiner Weise über die Aufrüstung entscheiden. Die sozialistische Partei ist aber nicht die einzige, die sich für eine Aufrüstung ausspricht. Die Radikalsozialisten sind ebenfalls für eine Aufrüstung, und sie werden sich in der Debatte für eine Verstärkung der Rüstungen einsetzen.

Remel.

London, 8. Oktober.
In der deutschen Zeitung sollte die angelegten Direktoren folgen. Präsident des Direktoriums e. ändert mit dem neuen Geheimnis ohne sich vorher zu haben. rung der Presse freie erforderlich bereits eingeleitet. In die zugesagte Artikel erfolgt, was Remeländer bemerkbar, da alle Reben der Kandidaten der Deutschen Reichspartei in den Zeitungen zusammengefasst werden, wodurch eine freie Meinungsbildung unmöglich gemacht wird.

Im übrigen führt das tschechische Direktorium Regis fort, sich im gemeinsamen Sinne zu betätigen. Es ist das tschechische Oberhaupt der Remeler Nationalität, Borschert, wieder zum Mitglied der Remeler Außenleitung ernannt, der von den Reichsparteien abgeteilt Reichsleiter

xrite colorchecker CLASSIC

Ab hier ist nach dieser Seite nicht mehr zu lesen. Ein Lehrbuch Französisch ist in der Buchhandlung erhältlich. Vertrieben durch die Buchhandlung.